

Sitzungsvorlage

FB / Aktenzeichen II/50	öffentlich	Vorlage 2010/153	Datum 10.11.2010
----------------------------	------------	---------------------	---------------------

BERATUNGSFOLGE		Beratungsergebnis			
Gremium	Termin	EST	Ja	Nein	Enth.
Schul-, Sozial- und Familienausschuss	25.11.2010				
Gemeinderat	16.12.2010				

Neuorganisation der Jobcenter
- Sachstandsbericht zur Zulassung des Kreises Warendorf als kommunaler Träger
- Antrag der SPD-Fraktion vom 09.11.2010

Beschlussvorschlag:

Ein Beschlussvorschlag wird nicht unterbreitet.

Haushaltsrechtliche Auswirkungen:

keine

Gleichstellung:

Es werden gleichstellungsrelevante Fragen tangiert.

ja [] nein []

[] Die Gleichstellungsbeauftragte ist beteiligt worden.

Sachdarstellung:

Die gesetzlichen Voraussetzungen zur Neuorganisation nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II sind geschaffen. Der Bundestag hat die Gesetze zur SGB II-Reform am 17.06.2010 beschlossen, der Bundesrat hat am 09.07.2010 diesen Gesetzen ebenfalls zugestimmt.

Der Kreis Warendorf möchte die mit dem Gesetz beschlossene Ausweitung der Optionskommunen nutzen und beabsichtigt, die „Option“ zu beantragen. Der Kreistag wird sich in seiner Sitzung am 07.12.2010 abschließend mit dieser Frage beschäftigen.

Die Leiterin des Sozialamtes des Kreises Warendorf, Frau Brigitte Klausmeier, wird – wie von den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses in der letzten Sitzung angeregt – in der Sitzung über den Stand der Neuorganisation der Jobcenter und über den Stand des Verfahrens zur Zulassung des Kreises Warendorf als neuer kommunaler Träger berichten.

Die Bürgermeister des Kreises Warendorf haben durch Ihren Sprecher, Herrn Dr. Karl-Uwe Strothmann, am 21.10.2010 gegenüber dem Landrat eine gemeinsame Erklärung zur Neuorganisation der Grundsicherung für Arbeitssuchende ab den 2012 abgegeben. Darin wird bekräftigt, dass seitens der Städte und Gemeinden des Kreises Warendorf dem Ansinnen, die Aufgabe in Form einer „Option ohne Delegation“ wahrnehmen zu wollen, zum gegenwärtigen Zeitpunkt akzeptiert wird, wenn bestimmte Punkte, wie Aufgabenwahrnehmung vor Ort, Personalgestellung und finanzielle Tragweite usw. berücksichtigt werden. In der Sitzung wird hierauf näher eingegangen.

Mit Schreiben vom 09.11.2010 bedauert die SPD-Fraktion die mangelnde Beteiligung des Rates der Gemeinde Ostbevern und beantragt, das Thema „Neuorganisation der Arbeitsgemeinschaft für Beschäftigung“ auf die Tagesordnungen der Sitzungen des Umwelt- und Planungsausschusses und des Rates vom 23. November 2010 zu setzen. Nach Rücksprache mit Herrn Eisel ist dieser Antrag nicht für den Umwelt- und Planungsausschuss, sondern für den Schul-, Sozial- und Familienausschuss vorgesehen.

Die Verwaltung hat in der Vergangenheit regelmäßig und zeitnah in folgenden Ausschuss- und Ratsitzungen über den Stand der SGB II-Neuorganisation berichtet:

- Ratssitzung am 17.12.2009
 - Schul-, Sozial- und Familienausschuss am 09.02.2010
 - Ratssitzung am 25.03.2010
 - Schul-, Sozial- und Familienausschuss am 17.06.2010
 - Ratssitzung am 08.07.2010 und
 - Haupt- und Finanzausschusses am 30.09.2010
-

Bürgermeister

Fachbereichsleiter

Sachbearbeiter
